

## NIEDERSCHRIFT

über die 40. Plenarsitzung des **Gemeinderates** am Dienstag, 17. Juli 2007,  
15:30 Uhr, im Bürgersaal des Rathauses unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters  
Heinz Fenrich

## ÖFFENTLICHE SITZUNG

13.

### **Punkt 10 der Tagesordnung: Beteiligung der Stadt Karlsruhe an rechtlich selbstständigen wirtschaftlichen Unternehmen und Stiftungen: Beteiligungsbericht für das Geschäftsjahr 2006**

**Der Vorsitzende** ruft Tagesordnungspunkt 10, Vorlage Nr. 1055, zur Behandlung auf.

**Stadträtin Meier-Augenstein (CDU):** Wir haben heute den Beteiligungsbericht für das Geschäftsjahr 2006 zur Kenntnis zu nehmen. Es ist ein Bericht, der wiederum gewachsen ist, denn es sind zwei neue Gesellschaften hinzubekommen.

Wir erhalten durch den Bericht viele Informationen, wertvolle Informationen über die Gesellschaften im Konzern Stadt. Das Verhältnis der Mitarbeiter bei der Stadt Karlsruhe und den Gesellschaften ist weiterhin konstant: 40 % sind im Kämmereihaushalt, 60 % bei den Beteiligungsgesellschaften beschäftigt. In beiden Bereichen wurden Stellen geschaffen. Erstmals wird hier auch auf die Zahl der Auszubildenden eingegangen.

Die Investitionen sind 2006 wieder angestiegen, nachdem im Jahr zuvor, 2005, ein Rückgang zu verzeichnen war.

Dies zeigt uns wieder einmal, wie wichtig diese Gesamtschau ist und welchen hohen Stellenwert die Gesamtsteuerung der Beteiligungen einnimmt.

Etwas Spektakuläres konnte ich im Bericht nicht finden. Das mag gut sein. Meine Fraktion hatte in den vergangenen Jahren angeregt, vielleicht noch das Umsatzverhältnis innerhalb des Konzerns Stadt aufzunehmen, damit wir uns ein Bild davon machen können, ob bestimmte Leistungen z. B. durch die Stadt genutzt werden und wie so die Töchter unterstützt werden. Hierüber ist jetzt in diesem Bericht leider nichts zu finden. Vielleicht kann das in Zukunft doch noch aufgegriffen werden.

Schwierig ist es bei einem so umfangreichen Bericht, auf einzelne Gesellschaften einzugehen. Deshalb möchte ich das auch gar nicht tun. Einen Punkt allerdings möchte ich ansprechen, der uns doch sehr wichtig ist und der auch in den vergangenen Jahren, als wir über den Beteiligungsbericht gesprochen haben, immer wieder Thema war. Es geht hierbei um die Transparenz bei den Geschäftsführerbezügen. Ich erinnere mich noch gut daran, dass wir, als wir im letzten Jahr darüber gesprochen haben, einen Ausblick bekommen haben. Der damalige Bürgermeister Groh hatte angekündigt, dass sich hier etwas tut, dass dem im öffentlichen Interesse verstärkt Rechnung getragen werden kann. Er hatte angekündigt, dass doch ein Teil der Geschäftsführer bereit ist, die Bezüge offenzulegen. Natürlich waren auch damals schon nicht alle einverstanden. Aber es wurde uns zumindest signalisiert, dass sich nun in diesem Bericht etwas tun wird.

Ich muss nun schon sagen, dass ich etwas enttäuscht bin, dass wir doch wieder bei der großen Mehrzahl der Gesellschaften lesen müssen, dass die Angaben nach § 286 HGB unterbleiben bzw. dass die Geschäftsführung nicht mit der individualisierten Darstellung der Geschäftsführerbezüge einverstanden ist. Ich hoffe natürlich für meine Fraktion, dass wir in den nächsten Jahren weitere Bewegung erkennen und möchte ganz besonders die Gesellschaften herausgreifen und den Geschäftsführern danken, die mit gutem Beispiel vorangegangen sind. Dieses sind zumindest einmal fünf Gesellschaften. Das ist schon einmal ein erster Schritt in die richtige Richtung. Diese Gesellschaften sollten meines Erachtens deshalb auch erwähnt werden: Es handelt sich um die Volkswohnung, um die Entwicklungsgesellschaft CITE, die Karlsruher Fächer GmbH und auch um die GmbH & Co. KG wie auch die Gesellschaft für Wertstoffrecycling.

Wir hoffen, dass in den nächsten Jahren weitere Veröffentlichungen stattfinden können. Zum Abschluss darf ich allen Beteiligten im Namen meiner Fraktion sehr herzlich danken für die Erstellung des Berichtes und die Zusammenstellung der wichtigen Informationen an uns alle.

(Beifall bei der CDU)

**Stadtrat Zeh (SPD):** Der Bericht ist immer sehr umfangreich. Er wird auch öffentlich ausgelegt, dadurch kann jede Bürgerin und jeder Bürger die Details der Gesellschaften letztlich auch ansehen. Insgesamt haben wir mit den Töchtern 32 GmbHs und 4 Stiftungen, über die berichtet wird.

Der Gesamtüberblick auf den S. 16 und 17 macht deutlich: 60 % der Mitarbeiter sind in den GmbHs. Das sind über 6 000 Personen. Im Vergleich dazu finden wir im Kämmereihaushalt 4 000 Mitarbeiter. Ebenfalls 60 % der Investitionen finden wir bei den Gesellschaften. Im Jahre 2006 waren dies 177 Mio. €, im Vergleich dazu waren es im Kämmereihaushalt 118 Mio. €.

Wenn man sich auf den Seiten 18 und 19 die Zahlenströme ansieht, sieht man, dass nicht die Gewinnoptimierung im Vordergrund steht, sondern die Erfüllung wichtiger Aufgaben im Bereich der Infrastruktur und das möglichst kostendeckend. Im Bereich der Zahlungsströme kommen über 22 Mio. € von der KVVH in die Stadtkasse. Allerdings benötigte die KMK im Jahre 2006 auch fast 19 Mio. € als Zuschuss. Weitere Zuschüsse wurde vor allem vom Stadtmarketing mit 1,3 Mio. € und den Arbeitsförderungsbetrieben mit 1,5 Mio. € und beim Baden-Airpark mit 1,3 Mio. € benötigt.

Klar ist auch die Übersicht der Schulden der verschiedenen Gesellschaften auf S. 20. Diese Gesellschaften haben heute 604 Mio. € Kredite bei den Banken und 172 Mio. € bei der Stadt. Dem stehen natürlich auch Vermögensgegenstände in denn Gesellschaften gegenüber. Interessanterweise steigen die Schulden der Gesellschaften kontinuierlich. Im Bericht selbst ist hier nur der Vergleich mit dem letzten Jahr enthalten. Ich habe in einem älteren Bericht nachgesehen. Vielleicht könnte im nächsten Jahr die Grafik über die Gesamtschulden der Gesellschaften bei den Ban-

ken und der Stand über mehrere Jahre dargestellt werden. Man muss das sicherlich im Auge behalten, wie sich die Schulden dort weiter entwickeln.

Zu einem weiteren Thema hat auch Frau Meier-Augenstein schon Ausführungen gemacht. Einige der neuen Geschäftsführer waren bereit, ihre Bezüge offenzulegen. Dafür recht herzlichen Dank auch von der SPD-Fraktion. Dies sorgt für mehr Transparenz. Diejenigen Geschäftsführer, die noch nicht bereit waren, diesen Schritt zu tun, bitte ich noch einmal darüber nachzudenken. Nächstes Jahr besteht die Möglichkeit, dies zu ändern und ebenso für mehr Transparenz zu sorgen. Dies hat die Kollegin Meier-Augenstein auch schon angesprochen.

Nun ein paar Anmerkungen zu einzelnen Gesellschaften. Man kann nicht alle erwähnen, deshalb auch kein Anspruch auf Vollständigkeit.

Bei der Bäder-GmbH steht jetzt die Fertigstellung des Bades an. Mit dem normalen Betrieb wird die Neuordnung der Bäderlandschaft in Karlsruhe einher gehen und das Ergebnis verändern. Wir wünschen dem neuen Bad viel Erfolg, insbesondere natürlich wirtschaftlich.

Bei der KASIG geht es jetzt nach der längst überfälligen Entscheidung des Landes auf gesicherter Basis für Finanzen weiter. Während die Planungen im Gemeinderat noch weiter erörtert und abgestimmt werden, kommen die Wirtschaftspläne zunächst in der Gesellschaft zur Diskussion. Vorfinanzierungen für Maßnahmen sind bei großen Summen nicht immer möglich. Man wird über den Zeitablauf der Realisierung im Detail beraten müssen.

Der wichtigste Ergebnisbringer der städtischen Gesellschaften sind die Stadtwerke, die aber nur zu 70 % der KVVH gehören. Sie erreicht einen Gewinn vor Ertragssteuern von 30,6 Mio. €. Die Strombeschaffungskosten steigen weiterhin deutlich an. Auch die Stromverbraucher müssen nach und nach immer mehr Geld bezahlen. Seit der Freigabe des Strommarkts ist es nicht zu dem versprochenen billigeren Strom gekommen. Bei den Wärmedienstleistungen sorgten die mildereren Winter für Absatzeinbrüche. Dies kann sich möglicherweise fortsetzen.

Auch die Verkehrsbetriebe Karlsruhe denken darüber nach, ob der Klimawandel auch für ihre Gesellschaft Konsequenzen hat und Klimaanlage in die Straßenbahnen eingebaut werden müssen. Fenster zu öffnen wie früher oder mit offenen Türen zu fahren, ist bei den modernen Wagen nicht mehr möglich.

Ein weiteres Thema, das die VBK angeht, ist dem Vandalismus Einhalt zu gebieten. Es gilt auch für uns: Öffentliches Eigentum ist vor Zerstörung zu schützen.

Bei der Volkswohnung fanden umfangreiche Tätigkeiten bei den Konversionsgebieten an. Die Nordstadt ist inzwischen fast abgeschlossen, Neureut ist am Laufen, Knielingen am Start. Trotz vieler Investitionen, auch bei der Gebäudemodernisierung, sind die Einnahmen aus der Hausbewirtschaftung nachhaltig.

Die Fächer GmbH entstand aus drei anderen GmbHs. Diese soll sich neben dem Schlachthof auch um das Wildparkstadion kümmern. Herr Oberbürgermeister, Sie haben dieser Tage eine Pressekonferenz gemacht. Hier kommt es, das muss man ganz klar sagen, zu Verzögerungen, da die KSC-Führung scheinbar nicht nur beim Kartenverkauf überfordert ist. Wer zuerst groß tönt, er baut das Stadion in eigener Regie und dann die Ausarbeitung den Experten der Stadt überlassen muss, sollte auch beim Thema Finanzierung mehr Vertrauen zur Stadt haben. In den vergangenen Jahren war die Stadt beim Thema Stundung der Miete immer sehr kompromissbereit.

Auch bei der Messe hoffen und sehen wir, dass sie sich stabilisiert. Aber wir erkennen trotz der neuen Gutachter, dass die Gesellschaft insgesamt ihre Hallenkosten nicht stemmen kann und daher auch in Zukunft Verluste schreiben wird. Die durchgeführten Veranstaltungen rechnen sich in sich bei den Messe, sorgen für Beschäftigung und Aufträge. Die Kosten der Infrastruktur bleiben aber bei der Stadt hängen. Ob sich daraus Konsequenzen wie in anderen Städten, dass die GmbH nur die Durchführung von Veranstaltungen, als Aufgabe hat, müssen wir abwarten.

Damit will ich abschließen. Die SPD dankt den Erstellern des Berichts, nimmt diesen zustimmend zur Kenntnis.

(Beifall bei der SPD)

**Stadtrat Stapf (GRÜNE):** Wie jedes Jahr haben wir dieses Buch zur Kenntnisnahme vorgelegt bekommen. Dies ist auch für uns immer wieder ein Anlass, Folgendes zu bedenken: Wir streiten uns zwei Tage über den Haushalt und reden dann eine Stunde über einen Teil, der meiner Meinung nach genauso gewichtig für die Stadt Karlsruhe ist in seinen Auswirkungen, wie der städtische Doppelhaushalt.

Wie bereits gesagt, befinden sich 60 % der Mitarbeiter in den Gesellschaften, wo auch 60 % der Investitionen erfolgen, Tendenz steigend, wenn ich an die geplante U-Strab, das Freizeitbad oder an den Wildpark denke. Die Schulden betragen 788 Mio. €. Selbst wenn man die Schulden bei der Stadt herausrechnet, haben wir eine Verschuldung in der Größenordnung von etwa 2 000 € pro Karlsruher in den Gesellschaften. Das im Vergleich zu den viel gelobten und derzeit noch halbwegs aktuellen 800 €, die der städtische Haushalt beinhaltet.

Es gibt zwei neue Gesellschaften. Damit sind es in der Summe 38. Wir haben der Gründung beider Gesellschaften zugestimmt. Dies ist die SWK Regenerativ und das MVZ beim Klinikum. Trotzdem halten wir es für unbedingt notwendig, nicht allzu inflationär mit der Gründung von Gesellschaften umzugehen, um einfach die Transparenz und den Überblick zu behalten. Hier ist die Stadt zur weiteren zweifachen Großmutter gemacht worden. Gerade diese Staffelung in verschiedene Tochtergesellschaften macht es schwer, den Überblick zu behalten.

Was ist zu betrachten, wenn man den Beteiligungsbericht durchliest. Die erste Frage für uns ist die Erfüllung des Gesellschaftszweckes. Dabei haben wir uns etwas gedacht, als dieser festgelegt wurde. Wurde mit den zur Verfügung gestellten Mitteln verantwortungsvoll und erfolgreich umgegangen? Zum Teil sind es erhebliche Mittel, meist in Immobilien, wie bei der Messe oder bei der Volkswohnung. Die alles entscheidende Frage ist natürlich: Was ist der Nutzen für die Bürgerinnen und Bürger?

Zur Einzelbetrachtung, es sind ja nur 38.

Zur Volkswohnung: Positiv ist die Modernisierung des Mietwohnungsbestandes anzusprechen, um einfach den Mieterinnen und den Mietern adäquaten Wohnraum zu bieten. Auch positiv zu vermerken ist, dass ein großer Schwerpunkt auf die Energieeffizienz und regenerative Energien gelegt wird. Ein weiterer Punkt ist, da schlage ich in die gleiche Kerbe wie meine Vorrednerinnen und Vorredner, die Offenlegung der Geschäftsführerbezüge. An der Stelle fordern wir von der Grünen-Fraktion alle Geschäftsführer auf, dem nachzueifern. Es ist auch hier im Sinne der Transparenz wünschenswert für die Bürgerinnen und Bürger, dieses zu erfahren.

Die Warteliste bei der Volkswohnung ist leider von 6 500 auf 7 500 Personen oder Familien angestiegen, die auf eine Wohnung warten. Deshalb wünschen wir uns sehr eine Konzentration auf den Mietwohnungsbau. Zur Zeit liegt der Schwerpunkt noch sehr beim Eigentumswohnungsbau. Es sollen 2007 84 neue Mietwohnungen gebaut werden, allerdings - soweit wir das erkennen - hauptsächlich als Ersatz. Wir möchten, dass freiwerdende Mittel - die Volkswohnung macht mit ihren Wohnungen Gewinn - zu einer Konzentration auch in diesem Bereich führen. Wir warnen davor, dass die Volkswohnung alle möglichen Aufgaben übernimmt, die sonst bei der Stadt niemand haben will.

Zur KMK: Dieses ist ein großes Sorgenkind unter den städtischen Töchtern. Der Mittelzufluss in den letzten drei Jahren, von 2004 - 2006, waren 43 Mio. €. Das Ergebnis sind 500 000 € weniger als der Plan, 700 000 € weniger als 2005. Das ist unbefriedigend.

Eine Restrukturierung hat stattgefunden. Der ursprüngliche Geschäftsplan wurde als Mission Impossible erkannt. Das war gut so und überfällig. Das war vom politischen Willen mehr getrieben als von einer realistischen Einschätzung der Situation. Allerdings sind wir vom Ergebnis der Arbeit der Gutachter enttäuscht, weil der neue Businessplan schon jetzt im ersten Jahr - als Aussicht auf 2007 steht das im Bericht - wieder nicht erreicht wird. Wir sehen die Trendwende noch längst nicht erkennbar.

Außerdem bedauern wir sehr, dass die KMK ihre durchaus großzügige Ausbildungsquote halbiert hat. Während andere Gesellschaften zu Steigerungen bereit sind, sind wir hier auf dem Weg rückwärts.

Bei der KVVH ist erfreulich, dass die VBK gestiegene Fahrgastzahlen haben. Die Energiepreise der Stadtwerke sind zumindest noch akzeptabel. Zu loben auch hier der Einsatz regenerativer Energien. Der Hafen ist stabil. Was auch von uns positiv gesehen wird, ist die fortschreitende Strukturierung des Hafengeländes.

Das Freizeitbad hat sich verzögert. Das kostet auch Geld. Wir werden natürlich auch schauen, ob bei der Baukostenabrechnung der Deckel von 25 Mio. € eingehalten wird.

Zur KASIG: Das einen Freud ist des anderen Leid, dem haben wir Ausdruck gegeben. Wir befürchten bei der sich in der Tat konkretisierten Realisierung das Damoklesschwert einer wesentlichen Kostenerhöhung für Karlsruhe. Für die KVVH ist noch zu sagen: Das gute Ergebnis ist geprägt durch einen Einmaleffekt, nämlich von hohen EnBW-Dividenden. Davon kann man nicht jedes Jahr ausgehen.

Das Klinikum feiert in diesem Jahr sein 100jähriges. Die letzten Jahre waren geprägt von Neubauten, Kinder- und Frauenklinik. Jetzt ist die Kopfklinik begonnen. Das Klinikum hält sich in schwieriger Konkurrenzsituation bei deutlich zum Negativen tendierenden Rahmenbedingungen im Gesundheitsbereich wie z. B. in den Fallpauschalen als Krankenhaus der Maximalversorgung. Aber auch das Klinikum ist Leidtragender der Gesundheitsreform. Für uns stellt sich immer wieder die Frage, inwieweit kommunale Einrichtungen für die Bürgerinnen und Bürger negative Entwicklungen ausgleichen können. Da sind wir nicht immer einer Meinung mit der Verwaltung oder auch der Leitung. Als Beispiel möchte ich anführen die aus dem Jahre 2003 stammende Auslagerung der Reinigungskräfte mit der deutlichen Senkung des Lohnniveaus, die natürlich weiter voranschreitet.

Karlsruher Fächer und Stadtentwicklungs-KG: Die Entwicklung des Schlachthofgeländes läuft schleppend. Da wünschen wir uns mehr Speed zum Kreativpark. Das Wildparkstadion ist zur Baustelle geworden, bevor es überhaupt den physischen Zustand einer Baustelle erreicht hat.



Beim ZKM erleben wir ein ansprechendes Kulturprogramm. Aber nicht nur die KMK steht in der Kritik, wenn sie die wirtschaftlichen Ziele nicht erreicht. Das ansprechende Kulturprogramm haben wir mit einem Ergebnis von 1,3 Mio. € unter Plan bezahlt. Da wurde zugesagt, dass dies in den nächsten Jahren eingespart wird.

Bei der Heimstiftung haben wir eine ähnliche Situation. Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit liegt 1,1 Mio. € unter Plan. Zum einen beruht das auf einer Fehleinschätzung der Gesamtsituation. Zum anderen und zum größeren Teil ist dies eine Fehlplanung bei der Belegung während der Sanierung Parkschlössle. Das sind für uns Managementfehler, die da gemacht wurden.

Ich komme zum Abschluss. Mit Freude werden Sie vernehmen, dass ich gar nicht bis auf die Zahl 38 gehe. Ein Gesamturteil ist nicht sinnvoll. Man muss eine differenzierte Betrachtung anwenden. Das Gesamtmodell ist zu komplex und schwer durchschaubar. Die Auswirkungen dessen, was da passiert, ist größer und wird mit den zukünftigen Projekten noch größer sein in vielen Bereichen, als im Doppelhaushalt.

Konzernführung ist notwendig. Es ist auch immer wieder wichtig, dass wir uns vergegenwärtigen, dass der Konzern Karlsruhe kein Wirtschaftsunternehmen ist, wenn wir auch, wie ich eingangs sagte, auf die Zahlen Wert legen müssen. So müssen wir doch die sozialen und ökologischen Pflichten, die wir als Kommune haben, in den Vordergrund stellen.

Auch unser Dank geht an diejenigen, die die Übersicht erstellt haben. Nicht vergessen möchte ich aber die vielen Tausend Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gesellschaften. Die haben ganz wesentlich dazu beigetragen, dass die Gesellschaften die vorzuweisenden Erfolge erreichten.

(Beifall bei den Grünen)

**Stadtrat Obert (FDP/Aufbruch):** Gesellschaften von Kommunen werden oft kritisch beäugt. Oft kommt die Aussage, und wir hören sie auch in diesem Hause, warum macht man das in Form einer Gesellschaft, wo es doch um Daseinsvorsorge geht. Dabei hätte ich schon meine Zweifel, ob alles, was unsere Gesellschaften machen,

auch wirklich klassische Daseinsvorsorge wäre. Das lassen wir aber einmal dahingestellt. Da wird so viel verdeckt, es ist nicht transparent. So frage ich mich allerdings auf der anderen Seite, wenn wir beispielsweise nicht die KVVH hätten, sondern alles noch im Werkausschuss, was dann transparenter wäre? Oder wenn wir das Klinikum nicht als gGmbH hätten - das in sehr schwieriger Situation, wie ich auch einmal sagen muss, es immer wieder schafft, schwarze Zahlen zu schreiben; und die Situation wird noch schwieriger werden, und dennoch wird es gleichwohl doch irgendwie gelingen -, ob es auch gelingen würde, wenn wir ein klassisches städtisches Klinikum oder ein städtisches Krankenhaus hätten und dabei einen Klinikausschuss. Was wäre da

- a) transparenter und
- b) was wäre in der Steuerung effizienter.

Ich habe da so meine Zweifel. Es sei denn, dass man als Gemeinderat glaubt, über Ausschüsse - das Ganze geschieht im Ausschuss, die großen Linien können wir hier auch erörtern, aber das Klein-Klein würde im Ausschuss geschehen - mehr hineinregieren zu können. Das aber wäre sicherlich falsch, weil man im operativen Bereich Steuerungsmöglichkeiten lassen muss. Das ist mit ein Grund - es gibt noch viele andere -, warum man Gesellschaften gründet. Im Einzelfall mag das auch einmal nicht sinnvoll sein. Ich sage nicht, dass es immer sinnvoll sein wird. Im Wesentlichen ist es aber sinnvoll.

Was wir hingegen nicht wollen, habe ich einmal in einer Haushaltsrede vor ein paar Jahren gesagt, ist Folgendes: Uns schwebte nicht die Superverwaltungs-GmbH vor in dem Sinne, dass Seitens der Steuerungselemente in den Dezernaten unter unmittelbarer Umgehung des Gemeinderates - weil dies nun keine gemeinderätliche Sache mehr ist - operative Entscheidungen getroffen werden. Da hätten wir etwas dagegen, weil das unseres Erachtens nicht im Sinne des Erfinders wäre, wenngleich wir natürlich erkennen und auch rechtfertigen, dass es ein Gesamtinteresse des Konzerns Stadt gibt. Das ist überhaupt keine Frage. Die Gesamtinteressenfragen sind aber schon wieder hier zu diskutieren. Das ist dann der Ort, möglicherweise im Widerstreit der Meinungen sich darüber auszustauen.

Lassen Sie mich auch zwei oder drei Gesellschaften kurz erwähnen. Eine habe ich bereits positiv erwähnt, das ist das Klinikum.

Die KASIG, die hoffentlich bald zu ihrer eigentlichen Aufgabe übertritt, schneidet im Großen und Ganzen immer ganz gut ab, weil sie das Geld, das sie eigentlich verbrauchen will, gar nicht verbraucht hat. Es wäre ihr natürlich lieber, es käme nun endlich dazu. Da haben wir Licht im Tunnel.

Die KFE, die Fächerentwicklungsgesellschaft: Zu dieser möchte ich zwei Dinge sagen. Der Bereich Schlachthof wird als Risiko im Ausblick dargestellt. Wenn ich Konversion betreibe - auf der einen Seite hatte ich Vermietungen, die wegbricht -, muss ich, und darüber müssen wir uns im Klaren sein, in eine gewisse Vorlage eintreten. Ich kann nicht erwarten, dass ich schon zu Anfang die Früchte ernten kann. Ich kann nicht erwarten, dass ich hohe Grundstückserlöse erziele. Diese fordere ich ein, und die Leute werden dann schon kommen. Dies ist eben eine Entwicklung, und da muss man ein Stück weit etwas vorzuweisen haben, damit auch einer anbeißt. Das kann manchmal auch eine Strecke sein, im wahrsten Sinne des Wortes eine Durststrecke.

Die KFE wird sich auch mit dem KSC beschäftigen. Dazu möchte ich jetzt und heute nichts sagen.

Ich komme zur Messe: Ganz so positiv sehe ich das nicht, wie es zum Teil gesagt worden ist. Wir haben Anstrengungen unternommen, es gab Gutachten. Es ist mit den Marktbereichen die Struktur verändert worden. Wir müssen jetzt aber schon wieder lesen, dass z. B. die Besucherzahl - auch wenn ich weiß, dass 2006 ein Zwischenjahr war, dort im Vergleich zu anderen Zwischenjahren zurückgegangen ist - auch für 2007 auf niedrigerem Niveau erwartet wird. Der nagelneue Businessplan wird doch um einiges verfehlt. Wenn ich das Gesamte so aufdröse, stelle ich fest, dass 2006 von den 13 Mio. € Verlust 8,3 Mio. € auf die Messe entfielen, aber immerhin 5,3 Mio. € auf den Festplatz. Daran erkennen wir, dass der Festplatz natürlich auch ein Sorgenkind ist. Dieser Verlust wäre übrigens noch stärker gewesen, wenn wir alles beim Alten gelassen hätten. Das muss man in dem Zusammenhang

auch dazu sagen. Es wird immer so getan, als wäre vorher die Glückseligkeit gewesen. Nein, wir haben auch in diesem Segment vorher Verluste gemacht. Wirkliche Gewinne werden vielleicht auch nicht möglich sein. Ich bitte aber doch darum, dass man das Augenmerk darauf legt und sich insbesondere die Frage stellt, wie es mit dem Festplatz weitergehen soll. Das betrifft nicht nur den Ausbau, sondern auch den Betrieb, die Strategie und die Entwicklung.

Jetzt noch ein letztes Wort, weil alle Vorredner das Thema Geschäftsführergehälter angesprochen haben. Das kann man machen. Das ist transparent, das ist alles schön und gut. Aber man darf nicht Äpfel mit Birnen vergleichen. Ich kenne schließlich meine Pappenheimer, die darauf schauen. Die sehen nur den Endbetrag. Da kann ich auch jetzt hineinschauen. Da gibt es die ganz unterschiedlichsten Konstellationen. Da gibt es einen, der ist Beamter. Dieser erhält einen Zugehalt, wird noch anderweitig versorgt. Apropos Versorgung: Die Versorgungen der Geschäftsführer sind ganz unterschiedlich. Die Geschäftsführer haben ganz unterschiedliche Versorgungsvoraussetzungen, entsprechend müssen sie dann auch ausgestattet werden. In den Verhandlungen ist das dann festzulegen. Wenn man also so etwas macht, müsste man schon sehr genau darstellen, wie die Unterschiede in all diesen Bereichen sind. Dann wird es möglicherweise wieder etwas kompliziert. Transparenz funktioniert eben immer nur dann, wenn derjenige, der darauf schauen darf, auch etwas damit anfangen kann, wenn er die Zahlen und Werte, die er sieht, auch entsprechend interpretieren kann. Das ist leider auch in anderen Dingen oft nicht gegeben.

Kurz und gut, mit diesen Anmerkungen will ich es sein Bewenden sein lassen und diesen Bericht zustimmend zur Kenntnis nehmen. Ich frage mich übrigens, wenn wir einmal einen Beschluss fassen würden, in dem wir einen Bericht nicht zustimmend zur Kenntnis nehmen, was das für Konsequenzen hätte?

**(Der Vorsitzende:** Keine, das ist die klare Antwort.)

**Stadtrat Dr. Fischer (KAL):** Ich möchte jetzt keine Einzelbetrachtung des Beteiligungsberichtes vornehmen, das haben meine Vorredner sehr ausgiebig getan. Sie haben sich dabei auch genau den kniffligen Unternehmen gewidmet. Ich möchte

vielmehr zwei Punkte aus der Gesamtschau herausgreifen: Das eine ist die Zauberformel 60 : 40 und das andere ist das Stichwort Beteiligungsmanagement.

Die Zauberformel 60 : 40 greife ich auf, weil auch in all der Einzelbetrachtung das manchmal untergeht, was die städtischen Gesellschaften für die Wirtschaft, für den Konzern Stadt, aber auch für das ganze Gebilde Stadt beitragen. 60 : 40 ist sowohl das Verhältnis der Mitarbeiter der Gesellschaften zum Verhältnis der Mitarbeiter in der Stadtverwaltung. 60 : 40 ist aber auch das Verhältnis der Investitionen von Gesellschaften zu den Investitionen im Kämmereihaushalt, also die stadt eigenen Investitionen. Das Verhältnis 60 : 40 kostet uns, wenn man all die Zahlungen hin und her rechnet, 1,1 Mio. €. Das ist für mich auch eine gewisse Beruhigung. Wenn ich zugegebenermaßen berechtigte Kritik über die einzelnen Gesellschaften höre, ist es doch so, dass wir in der Gesamtschau in Karlsruhe keinen allzu großen Fehler beim Aufstellen der Gesellschaften gemacht haben. Wenn die minus 1,1 Mio. € irgendwann ins Plus rutschen - es sollte zumindest eine schwarze Null geben, es gab auch schon Zeiten, wo wir Plus gemacht haben -, wäre das eine perfekte Geschichte.

Der zweite Punkt ist das Beteiligungsmanagement: Der Kollege Ober hat hierzu schon etwas angedeutet, was auch meine Fraktion umtreibt. Das Beteiligungsmanagement hat zwei Bausteine. Das eine ist in der Gesellschaft. In der Stadt ist das Beteiligungsmanagement mittlerweile aufgestellt. Die Mitarbeiter sind geschult. Sie geben uns auch dieses dicke Werk, für das wir uns bedanken. Aber das Verhältnis, die Einbindung des Gemeinderates in das Beteiligungsmanagement, ist meiner Meinung nach noch nicht befriedigend, schon gar nicht gut.

Es gibt einfach immer wieder Fälle, das hat sich auch in der Vergangenheit gezeigt, wo der Gemeinderat als Hauptorgan der Gesellschaft nicht unbedingt die gleiche Linie hat wie z. B. der Aufsichtsrat. Es gibt Gesellschaften, wo wir im Aufsichtsrat nicht die Alleinigen sind, sondern wo es auch noch dritte Gesellschafter gibt. Die Meinungsbildung dafür, was wirklich für das strategische Ziel der Stadt Karlsruhe richtig ist, wie diese funktionieren soll, gab es Ansätze zu Diskussionen im Beirat Verwaltungsmodernisierung, es gab Ansätze hierfür auch im Hauptausschuss. Dieses Thema ist aber meines Erachtens noch nicht befriedigend geklärt. Meine Fraktion drängt darauf, dass dieses Thema intensiv angegangen wird. Wir haben dazu

auch in der Vergangenheit schon Anträge gestellt. Wir wollen eines sichergestellt wissen: Der Gemeinderat als Vertreter der Bürgerschaft muss letztendlich die strategischen Ziele definieren können.

(Beifall bei der KAL)

**Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke):** Der Gemeinderat hat mit dem Doppelhaushalt 2007/2008 die Pro-Kopf-Verschuldung der Stadt Karlsruhe um 50 % erhöht. Pfizer geht nach Berlin. Der Gewerbesteuerausfall in zweistelliger Millionenhöhe wird zu Lasten des kommunalen Haushaltes gehen. Wer bezahlt diesen Ausfall, Herr Oberbürgermeister? Dazu gibt es sicher mehrere Varianten, die Pro-Kopf-Verschuldung noch weiter anzuheben. Hierzu schlage ich vor, lieber auf die sogenannte Kombilösung zu verzichten.

(Unruhe)

Wir sollten seriös mit den Zahlen umgehen. Sie haben ja gesagt, Sparen macht Spaß. Sobald solche Ausfälle auch in der Höhe da sind - auch wenn der eine oder andere Kollege hier schmunzelt -, muss über ein solches Projekt nachgedacht werden, muss auch über die Streichung eines solchen Projektes nachgedacht werden.

Ich möchte an diesem Punkt aber auch noch Folgendes erwähnen, Herr Oberbürgermeister: Sie haben zu diesem Projekt gesagt, das Land werde sich zu 25 % und der Bund zu 60 % beteiligen. Auf Nachfrage geht es dabei jeweils um die echten Zahlen dieses Projektes Kombi-Lösung. Sehr früh hat dann das Land gesagt, nein, es gibt allerhöchstens 20 %. Inzwischen wissen wir, dass es keine 20 %, sondern 100 Mio. € sind. Sie wissen aber ganz genau, solche Projekte werden in der Regel teurer während der Bauphase.

(Widerspruch **Stadtrat Dr. Maul/SPD**)

Das ist einfach so! Die Aussage lautete stets, Land und Bund werden sich an den Eckkosten beteiligen, und zwar prozentual, nicht aber durch eine Fixkostenbeteiligung. Das ist Ihre Aussage, das steht schwarz auf weiß in den Protokollen.

**(Der Vorsitzende:** Das habe ich auch gar nicht gemeint mit meinem Abwinken!)

Ob Sie es gemeint haben oder nicht, weiß ich jetzt nicht.

**(Der Vorsitzende:** Mit dem Abwinken habe ich es nicht gemeint!)

Mit Abwinken haben Sie es nicht gemeint. Dennoch: Die Belastung aus der Kombi-Lösung wird weit höher sein, als das vor dem Bürgerentscheid von Ihnen geäußert wurde. Deshalb muss aufgrund von Steuerausfällen dieses Projekt neu bedacht werden. Darüber hinaus heißt das, wenn das Land die 100 Mio. € nicht früh zur Verfügung stellt, dass die Stadt Karlsruhe die Zinsen zu tragen hat für die laufenden Kosten, weil die Zuschüsse auf Jahre verteilt werden.

Vor einem würde ich gerne warnen, Herr Oberbürgermeister, das mache ich jetzt, denn wer weiß, welche Ideen noch kommen: Auf keinen Fall fände ich es gut, wenn z. B. Ideen kämen, das Klinikum zu privatisieren oder auch andere Projekte, die natürlich auch Geld kosten. Das wollen wir bezahlen für die Gesundheit oder auch für soziale Leistungen in der Stadt. Wenn aber die Löcher im kommunalen Haushalt größer werden, kommen unter Umständen merkwürdige Ideen auf: In diesem Fall würde ich doch wiederholen und vorschlagen, im Zweifelsfall doch lieber die Neue Messe zu privatisieren,

**(Widerspruch Stadtrat Dr. Maul/SPD)**

denn da gibt es doch auch noch einmal horrende Ausfälle. Auch wenn ein Gemurre da ist, darf ich erinnern, dass auch Kollege Zeh dieses angemahnt hat. Das Problem ist, dass ich von niemandem ernsthafte Lösungen zu dieser Frage höre. Ich höre immer nur: Jetzt haben wir alle diese Probleme, wir machen etwas Positives daraus. Das Positive ist, wir legen noch Geld oben drauf.

Zum KSC sage ich jetzt nichts. Das sage ich einfach das nächste Mal. Danke!

**(Stadtrat Cramer/KAL: Danke!)**

**Der Vorsitzende:** Ich habe keine weiteren Wortmeldungen vorliegen. Eine Bemerkung kann ich mir nun doch nicht verkneifen.

Lieber Herr Stadtrat Fostiropoulos, es gibt nichts, an dem Sie nicht ein Haar in der Suppe finden. Das ist so typisch nörgeln. Was ist ein Nörgler? - Ein Nörgler ist ein Mensch, der in jeder Suppe ein Haar findet. Findet er keines, dann schüttelt er so lange den Kopf, bis eines hinein fällt.

(Heiterkeit)

So verhalten Sie sich gerade in der Frage Kombi-Lösung. Die ganze Zeit haben auch Sie beklagt, es gibt kein Geld vom Land. Jetzt haben wir die Finanzierungsvereinbarung hinbekommen. Und jetzt wollen Sie nicht wahrhaben, dass die Raten - obwohl ich es erklärt habe - genau so kommen, wie wir sie beim Baufortschritt ungefähr brauchen. Ich weiß nicht, warum man das gleich wieder schlechtreden muss, wenn wir jetzt wirklich einmal einen Erfolg erzielt haben. Das verstehe ich nicht. Sie brauchen es mir auch nicht erklären, ich will es von Ihnen auch nicht verstehen, ehrlich gesagt. Erklären Sie es mir lieber nicht. - Das Wort haben Sie, das kann ich Ihnen nicht verwehren. Aber bitte mir nicht erklären!

**Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke):** Nur einen Satz! Haare schütteln kann ich nicht!

(Große Heiterkeit)

Aber das eine Haar ist sehr teuer, in Millionenhöhe, Herr Oberbürgermeister. Deswegen denke ich, dass man da nicht einfach mit einem Scherz darüber hinweggehen kann. Es sind Millionen am Steuergeldern, die dem Haushalt entgehen und damit auch für soziale Leistungen der Bürgerinnen und Bürger in unserer Stadt. Deshalb dieses bitte nicht mit einem Haar in der Suppe vergleichen.



**Der Vorsitzende:** Ja, ja! Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Vorlage Nr. 1055 zustimmen möchte, den bitte ich um die gelbe Stimmkarte. (Geschieht) Gegenprobe, Enthaltungen: Wir beschließen Kenntnisnahme.

**Beschluss:** Der Gemeinderat nimmt - nach Vorberatung im Hauptausschuss - von dem Beteiligungsbericht 2006 Kenntnis.

Zur Beurkundung:

Der Schriftführer:

**Verteiler**

Ratsinformationssystem  
Zum Gemeinderatsprotokoll  
Zu den Akten 2-mal

HA - Sitzungsdienste -  
31. Juli 2007